

Regieren nach Gutsherrenart darf keine Zukunft haben

Keine Verhandlungen, keine Kompromisse, sondern Diktate von oben — das ist das Leitbild Roland Kochs. Tarifverträge stören da nur ebenso wie effektive Verhandlungsrechte der Beamten und das Personalvertretungsrecht, das schon mehrfach beschnitten und obendrein in der Praxis ständig unterlaufen wird. Mit der Föderalismusreform, die die Gestaltung von Besoldung, Laufbahnen und Versorgung im Beamtenbereich zur Ländersache machte, droht eine weitere Verschärfung dieser autoritären Regierungspraxis in Hessen. Den Beamten die Arbeitsbedingungen zu diktieren und diese dann auf die Angestellten zu übertragen, das heißt demokratische Traditionen dieses Landes auf den Kopf zu stellen und sie abzuschaffen.

Diese Aussage in der Resolution der landesweiten Vertrauensleuteversammlung der GEW Hessen vom 22. März 2007, der sich inzwischen viele Personalräte und Personalversammlungen angeschlossen haben, wurde durch den gemeinsamen Brief des Ministerpräsidenten und des Innenministers vom 15. Mai 2007 in vollem Umfang bestätigt. Besonders empörend ist die Tatsache, dass die Landesregierung für ihr gutsherrschaftliches Besoldungs- und Arbeitszeitdiktat mit dem Deutschen Beamtenbund (dbb) einen willfährigen Partner gefunden hat, der dem „Entschluss“ der CDU-Führung das Mäntelchen einer „Vereinbarung“ zur Verfügung stellt.

Die Ankündigungen der Landesregierung sind für uns in keiner Weise akzeptabel:

1. Die angekündigte Besoldungserhöhung um 2,4 % zum 1. April 2008 bleibt in Bezug auf die Höhe und den Zeitpunkt hinter den Regelungen des Tarifvertrags der Länder (TV-L) zurück, den die anderen Bundesländer mit den Gewerkschaften geschlossen haben und zwar sowohl mit den DGB-Gewerkschaften als auch mit der DBB-Tarifunion. Der TV-L sieht Gehaltserhöhungen von 2,9% bereits zum 1.1.2008 vor. Einmal-Zahlungen spielen bei der nächsten Gehaltsrunde keine Rolle mehr und sind deshalb kein Ausgleich für eine geringere Gehaltserhöhung.
2. Die Landesregierung feiert die „Einigung“ mit dem DBB als „Einstieg in eine eigene Tariflandschaft Hessen“. Sie zementiert damit ihren Alleingang und die Abkopplung von einer einheitlichen Tarif- und Besoldungsentwicklung in Deutschland. Die Beschäftigten des Landes Hessen sollen damit aus der Solidarität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes herausgebrochen und zum Spielball der Landesregierung gemacht werden.
3. Völlig inakzeptabel ist auch die Zementierung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten, die mit 40 bis 42 Stunden länger als die Beamtinnen und Beamten in den meisten anderen Bundesländern arbeiten. Mit dem TV-L ist es den DGB-Gewerkschaften nach monatelangen Auseinandersetzungen und Streiks gelungen, die Arbeitszeit auf 38,5 bis maximal 40 Stunden zu begrenzen. Vorrangiges Ziel der Gewerkschaften des DGB Hessen ist die Übertragung dieses Ergebnisses auf Hessen. Für die Lehrerinnen und Lehrer müsste dann die Pflichtstundenerhöhung im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ zurückgenommen werden.
4. Das angekündigte „Lebensarbeitszeitkonto“ ist ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft, zumal die Pläne der Landesregierung zur Heraufsetzung des Pensionsalters auf 67 Jahre bereits in der Schublade liegen.

5. Der DBB fällt allen Beschäftigten des Landes Hessen in den Rücken, auch den Angestellten, denen die Landesregierung die Aufnahme von Tarifverhandlungen „auf der Grundlage des im Beamtenbereich erzielten Einvernehmens (!)“ anbietet. Dieses „Angebot“ läuft in Wirklichkeit darauf hinaus, den tariflosen Zustand für die Angestellten festzuschreiben, denn die Landesregierung weiß genau, dass keine Gewerkschaft das Beamtendiktat als Grundlage für einen Tarifvertrag akzeptieren wird.
6. Die Zusage des Innenministers, den DGB und die DGB-Gewerkschaften bei beamtenpolitischen Fragen „qualifiziert zu beteiligen“, wurde gebrochen. Sie musste wohl auch gebrochen werden, weil der Landesregierung auch hier klar war, dass keine Gewerkschaft diesen Plan akzeptiert hätte.

Wir halten an den von der Vertrauensleuteversammlung am 22. März 2007 aufgestellten Forderungen fest und werden diese auch im Landtagswahlkampf vertreten:

- Rückkehr Hessens in die TdL / Übernahme des Tarifvertrags der Länder (TV-L), d.h. vor allem 38,5 bis max. 40 Std. regelmäßige Wochenarbeitszeit (je nach Beschäftigtengruppe)
2,9% Gehaltserhöhung (plus Aufrundungsbetrag) ab 1.1.2008
- Übertragung der Gehaltserhöhung und Arbeitszeitregelung auf den Beamtenbereich (d.h. für die Lehrkräfte: eine Pflichtstunde weniger)
- Rücknahme der Kürzungen bei den Sonderzahlungen
- effektive Verhandlungsrechte der Gewerkschaften für die Arbeitsbedingungen der Beamten und Ausbau der Personalvertretungsrechte (HPVG)
- statt Etikettenschwindel mit „Unterrichtsgarantie plus“: Aufbau einer Lehrervertretungsreserve durch die Umwandlung von mindestens einer Pflichtstunde in eine Bereitschaftsstunde
- keine Erhöhung der Lebensarbeitszeit und keine Kürzungen der Pensionen

Wir fordern die Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes, insbesondere die Kolleginnen und Kollegen im Hessischen Philologenverband (HPHV), im Verband der Lehrer (VdL), im Gesamtverband der Lehrer an beruflichen Schulen (GLB) und im Verband Bildung und Erziehung (VBE) auf, dem dbb-Vorstand die rote Karte zu zeigen und sich unseren Protesten anzuschließen.

Wir werden keine Ruhe geben!

Bildung für eine soziale und humane Gesellschaft

Mai 2007



www.gew-hessen.de